

Gedanken zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und zur „Zeitenwende“ der deutschen Politik

(Folker Thamm 02.03.2022 mf.thamm@gmail.com)

Vorbemerkung:

Seit über 60 Jahren beschäftige ich mich mit Fragen der Friedensethik (Kriegsdienstverweigerung 1962), seit über 50 Jahren mit entwicklungspolitischen Fragen (beginnend mit meinem Engagement beim Weltfriedensdienstes in Westafrika ab 1967);

seit über 40 Jahren befasse ich mich mit ökologischen Fragen und Energiepolitik (ab 1975 Schwerpunktthema der Ev. Erwachsenenbildung-Niedersachsen: „Herausforderung durch die Umweltkrise – auf der Suche nach einem neuen Lebensstil“; später Landessynode: Vors. des Umwelt- und Bauausschusses). Seitdem habe ich im Rahmen des „konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ mehrere Aktionen auf verschiedenen Ebenen in Teams durchgeführt.

Unsere biblisch begründete **Motivation** als Christen: „Gerechtigkeit üben“, „Frieden stiften“, die Schöpfung wie einen „Garten bebauen und bewahren“.

Unser **Ziel**: Gestaltung einer friedlichen und ökologisch intakten, gerechten Zukunft und dafür die Strukturen schaffen und pflegen im Sinne von „gemeinsamer Sicherheit“ mit Nachbarn, einem gerechten Ausgleich zwischen den „Ländern des globalen Nordens“ und den „Ländern des globalen Südens“ und einer Gestaltung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa.

Durch den **Überfall Russlands auf das europäische Nachbarland Ukraine** scheinen all diese Ziele als weltfremd und illusorisch abgewertet zu sein. Nun geht es um eine „**Zeitenwende der deutschen Politik**“ und um die Ankündigung einer großen Aufrüstung („Sondervermögen von 100 Mrd Euro für die Bundeswehr“).

Christenmenschen, die sich mit der o.a. Motivation für die o.a. Ziele eingesetzt haben wird etwas höhnisch zugerufen: „**Willkommen in der Realität**“.

Ich betrachte mich und mein bisheriges Engagement und auch die deutsche Politik als realitätsbezogen und dennoch auch selbstkritisch. Dabei sind mir **folgende Gedanken** gekommen.

1. Sicherheitspolitik

Mich haben immer die „Heidelberger Thesen“ von 1959 überzeugt. Sie sprechen vom „**Friedensdienst mit und ohne Waffen**“ (komplementäres Denken). Das entspricht dem wohlverstandenen theologischen Muster aus der Reformationszeit: „die zwei Reiche –Lehre“ bzw. „die zwei-Regimenter-Lehre“. „Gott handelt in der Welt durch das Wort UND durch das „Schwert“ (= Gewaltmonopol des Staates im Inneren und Gewährung von Sicherheit gegen äußere Feinde), um Liebe und Barmherzigkeit einerseits und Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden andererseits zu gewährleisten“.

Als ich den Wehrdienst 1962 verweigerte, argumentierte ich so: „**Unter dem Schirm der Abschreckung, will ich einen Beitrag leisten zu einer aktiven – konfliktpräventiven - Friedenspolitik**“. Das Gewaltmonopol liegt (in Analogie zur Innenpolitik) bei der UNO, militärische Einsätze müssen ein Mandat der UNO haben und sind ans Recht gebunden. Prinzipien der internationalen Politik müssen sein: „**Recht bändigt Macht**“ und NICHT: „**Es gilt das Recht des Stärkeren**“. Militäreinsätze im internationalen Raum sind also Polizeieinsätzen im Inland

vergleichbar. Es muss das Ziel unserer Politik sein, diese Gedanken konsequent zu befolgen. (I.Kant hat in seiner Schrift „Vom ewigen Frieden“ 1795 diese Gedanken vorgedacht). Es geht also immer um **regelbasierte Außenpolitik** mit dem Ziel, ein **„Konzept der gemeinsamen Sicherheit“** zu etablieren, auch wenn es unterschiedliche Interessen zwischen Ländern geben sollte (Schaffung von win-win-Situationen).

„Friedensdienst mit und ohne Waffen“ heißt auch, dass die **militärischen Kräfte** (Bundeswehr im Rahmen des NATO-Bündnisses) so aufgestellt sein müssen, dass ein Land nicht erpressbar ist. Gleichbedeutend müssen die **„zivilen Kräfte“** stark und effektiv sein, um präventiv Konflikte zu begrenzen. In diesem Kontext habe ich immer die Friedensdienste und die Entwicklungspolitik gesehen:

Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). „Entwicklung und Frieden sind die beiden Seiten einer Medaille“, war vor 50 Jahren das Motto.

Dass der Zustand und die Ausrüstung der Bundeswehr seit Jahren als ungenügend kritisiert wird, ist bekannt. Warum die Politik nicht angemessen reagiert hat, verstehe ich nicht. 40 bis 50 Mrd. Euro ist doch eine große Summe! Fachleute sagen, dass es viele Probleme in der Organisation der Beschaffung und Verwaltung gibt. Es ist also nicht nur ein finanzielles Problem, aber eben auch. Wenn man Streitkräfte hat, um als Staat die **Landesverteidigung** (Auftrag des Grundgesetzes) –natürlich im Rahmen des Verteidigungsbündnisses der NATO– zu gewährleisten, dann müssen sie auch gut aufgestellt sein. Das dieses Problem nun erkannt ist, finde ich richtig. Ich denke seit Jahren, dass große finanzielle Mittel bei der militärischen Ausrüstung eingespart werden könnten, wenn die europäischen Partner besser und effektiver zusammenarbeiten würden. Eine gewisse Unabhängigkeit von den USA ist für Europa wichtig!

Die **Außerkraftsetzung der Wehrpflicht** habe ich damals kritisiert. Ich war und bin (obwohl ich den Wehrdienst verweigert habe) immer noch für eine Wehrpflicht im Rahmen einer **allgemeinen Dienstpflicht**; alle jungen Leute, die nicht zur Bundeswehr gehen, absolvieren einen zivilen Dienst, überall dort, wo Personal gebraucht wird. Bundeswehr, soziale Dienste (Krankenhaus, Altersheime, Feuerwehr, THW, Rettungsdienste, Bildungseinrichtungen, Flüchtlings- und Integrationsarbeit, Bauhütten im Denkmalschutz, Projekte in anderen Ländern etc.) und besondere Friedensdienste (im In- und Ausland) bekommen so auch eine Chance der Rekrutierung von Personal (Perspektiven für eine duale Ausbildung/ duales Studium). Wichtig ist und bleibt im Sinne der christlichen Friedensethik, **dass militärischer und ziviler Dienst am Frieden gleichberechtigt anerkannt ist**. Ob eine allgemeine Dienstpflicht wieder eingeführt werden sollte, muss in einem großen gesellschaftlichen Konsens entschieden werden. Hierbei könnten **ev.Akademien** einen Beitrag leisten.

2. Entwicklungspolitik

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Entwicklungsprojekte ohne ein einigermaßen stabiles Umfeld von Politik und Sicherheit keine oder wenig Chance haben. Viele Konflikte sind durch präventives Handeln verhinderbar. Am Besten sind demokratische Strukturen mit etablierter Gewaltenteilung und unabhängiger Gerichtsbarkeit, um Konflikte zu regeln. Weil es beim Ausbruch von gewaltsamen Konflikten oft politisch nur die militärische Option gibt (und nicht polizeiliche Aktionen, die an Recht gebunden sind und entsprechend dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel vorgehen müssen) **eskalieren Konflikte rasch zu Bürgerkriegen**. Der Einsatz von (teilweise auswärtigem) Militär ist oft viel

kostspieliger als niederschwelliges Handeln im Sinne von Konfliktlösung und Polizeimaßnahmen. **Oft sind Ungerechtigkeiten Auslöser für Unfrieden, Revolten und Bürgerkriegen.** Häufig aber auch **Machtgier**, der dann Einhalt geboten werden muss. Hier **Organisationen zu stärken, die sich aktiv und professionell um vorbeugende Konfliktlösung bemühen**, ist ein Gebot der Stunde. **Deshalb dürfen die Mittel nicht zugunsten der besseren Ausrüstung der Bundeswehr beschnitten werden. Beides ist gleich wichtig.**

3. Umweltpolitik

Seit langem sind die **Probleme der Erderwärmung und Reduzierung der Artenvielfalt bekannt.** Die Gewinnung und Nutzung von **Energie** hat sich als Schlüsselproblem der „ökologischen Krise“ erwiesen. Wenn man aus Sicherheitsgründen (mangelnde Fehlerfreundlichkeit, ungeklärte Endlagerung, Terrorismus, Krieg) auf die Nutzung von Atomenergie verzichten will, muss man Alternativen entwickeln (erneuerbare Energien). All das schleppt sich seit Jahren in Deutschland dahin. Natürlich ist die Verwendung von Erdgas (besser als Kohle) eine „Brückentechnologie“. Warum sich Deutschland **SO** stark von Erdgaslieferungen von Russland abhängig und dadurch erpressbar gemacht hat, die Gasspeicher in der Hand russischer Firmen sind und nur teilweise gefüllt sind, ist unbegreiflich. Vor uns liegt eine sehr große Herausforderung: **Erreichung der Klimaziele UND Erschließung neuer Energiequellen als Ersatz für Lieferungen aus Russland.**

4. Kritische Debatte: wäre der Überfall der Ukraine durch Putins Russland zu hindern gewesen?

Lange hat die deutsche Politik und haben kirchliche Vertreter und engagierte Christenmenschen gehofft, dass sich durch gute wirtschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen zu Russland auch im sicherheitspolitischen Bereich ein entspanntes und gegenseitig gewinnbringendes Miteinander in Europa gestalten lässt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in den Ostgebieten der Ukraine haben zu einer **Desillusionierung** geführt, ohne dass in Deutschland daraus angemessene Konsequenzen gezogen worden sind (z.B. Verstaatlichung der Gasspeicher und deren Auffüllung...). Russland hat immer wieder auf seine „Sicherheitsinteressen“ verwiesen und den Überfall auf die Ukraine damit begründet. **In Wahrheit verfolgt Russland imperiale Interessen im Sinne des 19. Jahrhunderts. Putins Traum ist die Wiederherstellung des Reiches der UdSSR: ein permanente Gefahr für u.a. die baltischen Länder.**

(mehr zur Ukraine in der Anlage „Gedanken zur Ukraine“).

Von Deutschland aus war die Hand zu vertrauensvoller Zusammenarbeit nicht nur ausgestreckt, sondern sie wurde verwirklicht. Sogar Lieferungen von Waffen durch Deutschland wurden bis zum Beginn des Überfalls auf die Ukraine untersagt, um als Verhandlungspartner Gehör zu finden. Vergeblich!

Die deutsche Außenministerin Baerbock hat nun Recht, wenn sie sagt: „Putin und Lawrow haben mich belogen, und auch der Bundeskanzler und die Präsidenten Macron und Biden wurden belogen, und viele andere auch“. Deshalb ist es nicht richtig, wenn jetzt (von wem auch immer) „dem Westen“ und auch Deutschland die Schuld für die Eskalation der Ukraine-Krise, die sich zu einem Krieg ausgeweitet hat, gegeben wird. Man kann höchstens kritisieren, dass viele Menschen in Deutschland (und die Regierung) zu lange „naiv“ und gutgläubig waren...

Nach der Lektüre des Buches von **Catherine Belton „Putins Netz“** – Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste – (Hamburg 1922) war ich es nicht mehr.

Was bedeutet nun „Zeitenwende“?

1. Die Bundeswehr wird so ausgerüstet, dass sie ihrem Auftrag der **Landesverteidigung** im Rahmen des Verteidigungsbündnisses der NATO entsprechen kann. (Sonderhaushalt)
2. Die **Zusammenarbeit in Europa** muss verbessert werden, mit dem Ziel durch effektive Arbeitsteilung **Ausgaben für die Rüstung zu begrenzen**, Europa muss politisch unabhängiger werden, ohne die USA aus dem Bündnis zu entlassen.
3. Der **präventiven Sicherheitspolitik** (Friedens- und Entwicklungspolitik) muss weiterhin eine vergleichbar **große Aufmerksamkeit** wie der unmittelbaren Landesverteidigung geschenkt werden. Der **„Zivile Friedensdienst“ (ZFD)** darf nicht vernachlässigt, sondern muss ausgebaut werden.
4. Ob die Aussetzung einer Wehrpflicht wieder aufgehoben wird und erweitert werden soll zur einer **allgemeinen Dienstpflicht**, muss offensiv in der Gesellschaft diskutiert (und dann auch entscheiden) werden.
5. Die ungezügelte **Globalisierung** im Waren-und Finanzverkehr muss (endlich) dergestalt **reguliert** werden, dass regionale Märkte und Versorgungsstrukturen wieder Priorität erhalten.
6. Die Anstrengungen gegen den **Klimawandel und Verlust von Artenvielfalt** dürfen nicht zu Gunsten der Stärkung der Strukturen der Sicherheitspolitik reduziert werden.
7. Die Verbesserung der Strukturen der Landesverteidigung darf **nicht auf Kosten des Sozialstaates** gehen.